



„Auf allen Linien gescheitert“

Die Suchtmittelexpertin Kasia Malinowska-Sempruch über den von den USA und Vereinten Nationen diktierten, weitgehend erfolglosen Krieg gegen Drogen und über alternative Ansätze, das Problem in den Griff zu bekommen.

Kasia Malinowska-Sempruch, 48,

ist Direktorin des globalen Programms für Drogenpolitik der von George Soros finanzierten Open Society Foundations, einer liberalen Organisation, die unter anderem Forschungsprojekte über den Effekt der derzeit weltweit praktizierten Drogenpolitik finanziert und für eine alternative Drogenpolitik wirbt. Die studierte Sozialarbeiterin und Expertin für öffentliche Gesundheit engagierte sich für eine Reihe von Menschenrechts- und Gesundheitsprojekten, unter anderem in internationalen Hilfsprogrammen gegen Aids, Tuberkulose und Malaria.

profil: Der Krieg gegen Drogen hat bisher allein in Mexiko mehr als 50.000 Todesopfer gefordert. Welche Schlüsse muss man daraus ziehen?

Malinowska-Sempruch: Dieser Krieg, den die USA mit Waffen, Helikoptern und Beratern unterstützen, kostet nicht nur viele Menschenleben, sondern auch viele Milliarden Dollar, ohne dass sich etwas ändert. Die Mehrheit der Gefängnisinsassen in den USA wurde wegen Drogendelikten verurteilt. Das sind die perfekten Häftlinge: nicht gewalttätig, leicht zu managen. In den USA ist das eine riesige Industrie, die für Zigtau-

sende Menschen Jobs und Lebensunterhalt bedeutet. Daher gibt es für die mächtige Gefängnislobby keinen Weg in Richtung Reform. Die derzeit praktizierte straforientierte Drogenpolitik ist wie ein Riesentanker auf dem Ozean, der in die falsche Richtung steuert.

profil: Ist diese radikale Sicht nicht sehr undifferenziert?

Malinowska-Sempruch: Keineswegs. Die heutige Politik wurzelt im christlich-konservativen Kampf gegen Alkohol, der in den USA im 19. Jahrhundert begann und in den 1920er-Jahren in die Prohibition und den Alkoholschmuggel mündete, mit dem die aufblühende Mafia Milliarden Dollar verdiente. Heute setzen wir diese Politik, die nur den Gangstern in die Hände arbeitet, in noch viel mas-

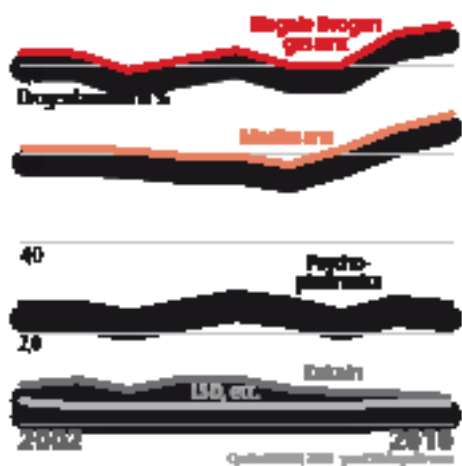
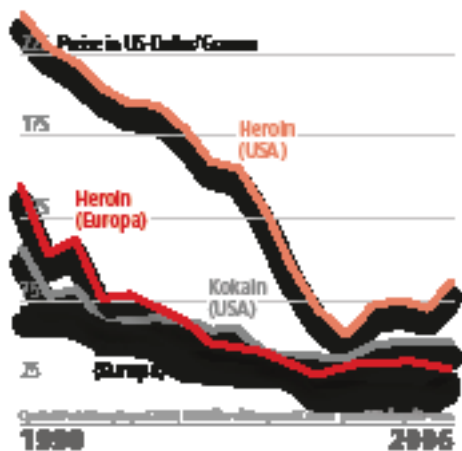
siverem Ausmaß fort.

profil: Wollen Sie damit sagen, dass die Tausenden UN-Beamten, die sich täglich mit dem Problem beschäftigen und Gegenstrategien entwickeln, nur Papier produzieren?

Malinowska-Sempruch: Auch die in Wien ansässige UNODC, die UN-Organisation zur Bekämpfung der ►

Drogen-Realität

Mehr Verhaftungen, dennoch größeres Angebot, fallende Preise und steigender Konsum



Drogenkriminalität, muss ihre Existenz rechtfertigen. 1998 kam eine große in New York abgehaltene UN-Konferenz zu dem Schluss, eine drogenfreie Welt sei machbar. Heute ist klar, dass die Gewalt zugenommen hat, dass der von Verbrechern kontrollierte Drogenmarkt weiter gewachsen ist und dass mehr Cannabis, Opium und Koka angebaut wird als vor zehn Jahren.

profil: In Ihren Augen ist also der Krieg gegen Drogen ...

Malinowska-Sempruch: ... auf allen Linien gescheitert, aber es fehlt der politische Wille, das zuzugeben. Zusätzlich produziert diese Politik in vielen Ländern der Erde eine HIV-Epidemie. In Russland gibt es eine Million Infizierte, die meisten davon aufgrund von Drogeninjektionen. China, Thailand, Malaysia, Indien – das gleiche Bild. Die Drogenpolitik hat nicht nur ihre Ziele verfehlt, sondern auch im Bereich öffentliche Gesundheit versagt. In Asien vegetieren etwa 500.000 Drogendelinquenten in gefängnisähnlichen Einrichtungen, welche von den Regierungen beschönigend „Behandlungszentren“ genannt werden. Es sind schreckliche Einrichtungen, in denen Menschen im Namen des Kriegs gegen Drogen misshandelt werden.

profil: Die Politiker in den USA, aber auch anderswo folgen damit doch nur dem Willen ihrer Wähler, die diese Art von strafender Drogenpolitik gutheißen.

Malinowska-Sempruch: Deshalb ist es so schwer, den Riesentanker auf neuen Kurs zu bringen. In den Niederlanden hat man vor 30 Jahren mit der Einführung von Coffeeshops sehr pragmatisch agiert. Dahinter stand die Idee, den Markt zu separieren und mit der Freigabe von Cannabis den Konsum von harten Drogen zu minimieren oder zu stoppen. Das Programm war sehr erfolgreich, aber es gab viel negativen Druck – von den Vereinten Nationen, aber auch von Nachbarländern.

profil: Wegen des zu Recht befürchteten Drogentourismus?

Malinowska-Sempruch: Ja, Holland wurde als Problem gesehen. Man ging davon aus, dass jeder zum Joint greift, wenn man den Cannabiskonsum nicht bestraft. Aber die

Daten zeigen, dass der Cannabiskonsum in jenen Staaten, in denen er illegal ist, wie etwa in Italien, sogar höher ist als in den Niederlanden.

profil: War er in Europa nicht generell geringer als in

„Dieser Krieg kostet nicht nur viele Menschenleben, sondern auch viele Milliarden Dollar, ohne dass sich etwas ändert“

den USA, weil es hier genügend legale Drogen gibt, die Drogenpolitik weniger fundamentalistisch war und man in vielen Ländern, darunter auch in Österreich, den Besitz von Marihuana für den Eigengebrauch

schon lange nicht mehr bestraft, sondern nur die Produzenten und Dealer verfolgt?

Malinowska-Sempruch: Aber auch in Österreich werden Menschen deswegen kriminalisiert. In meinem Heimatland Polen werden Sie nicht im Gefängnis landen, aber als Krimineller registriert. Wenn Sie 20 Jahre alt sind und wegen kriminellen Drogenbesitzes vor Gericht landen, können Sie zum Beispiel nicht Lehrer werden oder kein Visum bekommen, um in den USA zu studieren. Europa ist in der Drogenpolitik nicht die USA und auch nicht Russland, aber die Menschen werden ständig von der Polizei belästigt, die ihnen erhebliche Schwierigkeiten machen kann.

profil: Wie wollen Sie diese Politik ändern?

Malinowska-Sempruch: Wir kämpfen nicht für eine Freigabe von Drogen, unser Ziel ist es, auf Basis von wissenschaftlichen Daten eine Debatte über die Effizienz und Sinnhaftigkeit der derzeit praktizierten Drogenpolitik anzugehen.

profil: Geben die vorhandenen Daten eine eindeutige Richtung vor?

Malinowska-Sempruch: Absolut. Wenn Sie vor zehn, zwanzig Jahren in Europa eine Diskussion über Heroinbehandlung führen wollten, sagten die Menschen: Nein, danke. In der Schweiz bekommen heute etwa 3000 Personen eine von der Regierung bereitgestellte medizinische Herointherapie – ein sehr erfolgreicher Versuch. Deutschland beobachtete das Experiment und kam zu dem Schluss: Es ist billiger, jemanden in Herointherapie unterzubringen, als ihn auf der Straße zu lassen, wo er sich mit HIV infiziert, in die Beschaffungskriminalität abrutscht und anderen Menschen schadet.

profil: Aber ist das nicht politisch schwer durchsetzbar, weil sich die Steuerzahler fragen, warum sie für die Sucht anderer Menschen zahlen sollen?

Malinowska-Sempruch: Sobald man den moralischen Aspekt herausnimmt, stellt sich die Sache anders dar. Die Schweizer Daten ►



OPFER DER DROGENMAFIA IN ZITACUARO, MEXIKO, 9. Jänner 2012

Im Schlachthaus

Internationale Daten zeigen, dass die Bekämpfung der Drogenkriminalität nur vorübergehend erfolgreich ist.

Mit 130 Morden pro 100.000 Einwohner und Jahr gilt die mexikanische Metropole Ciudad Juárez an der Südgrenze der USA als die gefährlichste Stadt der Welt („Die Teufel von Ciudad Juárez“ von Martin Staudinger, profil 34/2011). Laut dem mexikanischen Journalisten Arturo Chacon hat sich die 1,3-Millionen-Einwohner-Stadt „in ein Schlachthaus verwandelt“. Die Killer der Drogenmafia bringen jeden zum Schweigen, der das Milliardengeschäft stört. Heerscharen von Soldaten konnten daran nichts ändern. Was die Drogenmafia mit Morden nicht schafft, regelt sie mit Bestechungsgeldern. Sie hat den Staat unterwandert und sorgt für einen möglichst reibungslosen Drogenschmuggel in die USA, wo sie ein enges, bestens getarntes Netzwerk für ihr Geschäft mit der Sucht unterhält. Nach dem jahrelang militärisch geführten Drogenkrieg in Kolumbien sind die Kartelle nur weitergewandert und haben nun Mexiko im Würgegriff.

Wenn überhaupt, dann ist der Krieg gegen Drogen nur vorübergehend erfolgreich. Langfristig steigen Drogenproduktion und -handel global weiter an – trotz hoher Opferzahlen und Kriegskosten von Milliarden Dollar. Immer mehr Menschen, darunter der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos

oder der frühere brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso, zweifeln daher an der Sinnhaftigkeit dieses Kriegs, suchen nach Alternativen oder plädieren dafür, endlich die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Viele Wissenschaftler, Politiker, Wirtschaftstreibende und Künstler, darunter der frühere US-Außenminister George P. Shultz, der Milliardär Richard Branson oder die Popsänger Harry Belafonte und Sting, unterstüt-

BRASILIENS EX-PRÄSIDENT CARDOSO
Befürworter einer alternativen Drogenpolitik



zen die Drug Policy Alliance, die sich für eine liberalere Drogenpolitik einsetzt.

Der fundamentalistisch geführte Krieg gegen Drogen wurzelt in den Antialkoholkampagnen christlicher Frauenvereine und Prediger, die im Lauf des 19. Jahrhunderts in immer mehr US-Staaten Alkoholverbote erzwingen. Im Jahr 1908 wurde in den USA auch der nicht medizinische Konsum von Opium und Kokain verboten. Viele Einwanderer aus Mexiko rauchten Marihuana, ein Kraut, das die weißen Amerikaner als „Neger-Droge“ verteufelten. Nach Einführung eines bundesweiten Alkoholverbots im Jahr 1917 übernahmen kriminelle Gangs den Alkoholschmuggel aus Kanada und verdienten damit Unsummen. Der blutige Krieg, den sich die Clans lieferten, gipfelte im Saint Valentine's Day Massacre, bei dem in Chicago sieben Rivalen des Mafiapaten Al Capone erschossen wurden. Nach Aufhebung des Alkoholverbots im Jahr 1932 begann die Agitation gegen Marihuana und härtere Drogen. Dem Schweizer Einwanderer Harry J. Anslinger, Leiter des US Federal Bureau of Narcotics, gelang es schließlich, die Vereinten Nationen auf den Krieg gegen Drogen nach US-Muster einzuschwören, die diese Politik der ganzen Welt aufzwingen.

zeigen das ganz deutlich. Die Schweiz ist ein konservatives Land. Doch die Polizisten dort sind heute die größten Fans der praktizierten Methadon- und Heroinbehandlung. Sie sagen, das Faktum, dass derzeit 75 Prozent der Schweizer Heroinsüchtigen in medizinischer Behandlung stehen, bedeute, dass der

Heroinmarkt verschwunden sei. Es ist nicht mehr attraktiv, Heroin in der Schweiz zu verkaufen.

profil: Auch Portugal hat eine Entkriminalisierung versucht – mit Erfolg?

Malinowska-Sempruch: Die Portugiesen wollten die Drogenabhängigen nicht mehr ins Gefängnis stecken, sondern in Behandlungsstellen unterbringen. Seit der Staat den Süchtigen nicht mehr als Feind gegenübertritt, kommen sie freiwillig zur Behandlung, zum Nadeltausch, werden nicht mehr mit HIV infiziert. Das ist durch Daten belegt. Aber keine dieser Lehren wird bei UN-Konferenzen diskutiert. Wenn dort die Vertreter von mehr als 160 Ländern tagen, geht es ausschließlich um Prohibition und um die Wahrung der Konventionen. Keine der belegten Erfolgsgeschichten ist Gegenstand der Diskussion.

profil: Und die Ihnen zur Verfügung stehenden Daten zeigen völlig eindeutig, dass die gegenwärtige Politik in keiner Weise wirkt?

Malinowska-Sempruch: Schauen Sie sich die Indikatoren an: Wenn die gegenwärtige Politik erfolgreich wäre, dann würden die Preise steigen. Aber Drogen waren noch nie so billig wie heute. Wäre die Politik erfolgreich, dann würden weniger Drogen produziert, aber es werden weltweit mehr Drogen produziert. Bei der in der Vorwoche in Wien abgehaltenen UN-Drogenkonferenz wurde bekannt gegeben, dass die Heroinproduktion in Afghanistan im Vorjahr um 61 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 gestiegen ist.

profil: Könnte es nicht sein, dass mehr produziert wird, weil die Behörden auch mehr beschlagnahmen und insofern erfolgreicher sind?

Malinowska-Sempruch: Nein, es gibt keinen einzigen Indikator, der zeigt, dass die gegenwärtig praktizierte Drogenpolitik eine gute Idee wäre.

profil: Wenn dem so ist: Gibt es genügend Menschen, die das realisieren?

Malinowska-Sempruch: Natürlich wollen die Konservativen in den USA an der gegenwärtigen Politik nicht rütteln. Die vielen Drogendelinquenten, die eine Haft-

„Bei den UN-Drogenkonferenzen geht es um Prohibition, um Wahrung der Konventionen. Keine der belegten Erfolgsgeschichten ist dort Thema“

strafe absitzen, sind für sie schlicht der Preis, den die Gesellschaft zu zahlen hat. Die Liberalen denken, der Staat solle sich da raushalten. Auch bei den Demokraten wächst die Überzeugung, dass das gegenwärtige Re-

gime keine gute Idee ist. Das Problem in den USA wird der unbewegliche Riesenanker sein. Es gibt die Polizeigewerkschaft, die Gefängnisindustrie: Da geht es um Jobs, das macht die Situation kompliziert. Aber das Meinungsbild ändert sich. In Kalifornien, dem bevölkerungsreichsten US-Bundesstaat, sprachen sich die Wähler im Jahr 2010 mit 46,5 Prozent für die Legalisierung von Marihuana aus. Das zeigt, dass die Menschen die gegenwärtige Drogenpolitik allmählich satt haben. Seither ist der Besitz von Marihuana entkriminalisiert, wird nicht mehr bestraft.

profil: Und das unter dem damals noch amtierenden republikanischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger...

Malinowska-Sempruch: Kalifornien hat ein gewaltiges Budgetdefizit, der Staat gibt mehr Geld für Gefängnisse als für Schulen aus. Eine staatlich kontrollierte Abgabe von Marihuana bringt sogar Geld in die Staatskasse, wie das niederländische Beispiel zeigt. Umfragen belegen, dass die Legalisierung von Cannabis in den USA immer mehr Anhänger gewinnt. In 14 US-Staaten gibt es bereits medizinisch verordnetes Cannabis auf Rezept. Im Bibeltümel wird sich die vorherrschende Meinung nicht so schnell ändern. Aber in immer mehr US-Bundesstaaten gerät das Meinungsspektrum in Bewegung.

profil: Wäre es möglich, dass Experten wie Sie ihre Sicht der Dinge bei der Ende März in Wien stattfindenden großen UN-Drogenkonferenz darlegen?

Malinowska-Sempruch: Nein, dort dürfen nur UNODC-Funktionäre und Gesetzeshüter sprechen. Die Repräsentanten der herrschenden Drogenpolitik bleiben unter sich.

INTERVIEW: ROBERT BUCHACHER



Buchtipp:

Peter Michael Lingens:
Drogenkrieg (ohne) mit Ausweg.

Kremayr & Scheriau/Orac,
Wien 2011, 160 Seiten, EUR 19,90.

Alternativpolitik

Die Open Society Foundations des Milliardärs George Soros finanzieren Forschungsprojekte zum Thema Drogen.

Suchtmittel sind ein kontroversielles Thema, das auf große Zurückhaltung stößt, wenn es um Forschungsgelder geht. Die „Open Society Foundations“ des schillernden und nicht unumstrittenen US-ungarischen Hedgefonds-Managers und Milliardärs George Soros gilt noch als die beständigste Finanzquelle in diesem Bereich. Die Stiftung betreibt selbst keine Forschungen, finanziert aber Projekte im Zigmillionen-Dollar-Bereich, mit dem Ziel, die Wirksamkeit der gegenwärtigen Drogenpolitik kritisch zu beleuchten.

So bekommen beispielsweise die Universidad de los Andes in Bogotá oder die Columbia University in New York Forschungsgelder von der Soros-Stiftung. Einer der Untersuchungsgegenstände ist die Wirkung des so genannten Mérida-Plans, eines Abkommens zur Bekämpfung des Drogenhandels, das die USA mit Mexiko und anderen zentralamerikanischen Staaten geschlossen haben. Untersucht werden aber nicht nur ökonomische, sondern auch gesundheitliche Aspekte, etwa die Aids-Prävention. Auffallend ist, dass Länder mit einer sehr repressiven, straforientierten Drogenpolitik wie etwa Russland eine sehr hohe Rate von HIV-infizierten Drogenkonsumenten aufweisen.

Die Forschungsergebnisse werden schließlich dazu genutzt, um alternative Standpunkte in der Drogenpolitik zu erarbeiten. Jeweils im Februar und März reisen Aktivisten der Soros-Stiftung nach Wien, dem Sitz der UN-Organisation für die Bekämpfung der Drogenkriminalität (UNODC), um im Vorfeld der alljährlichen UN-Drogenkonferenz für einen Meinungswandel zu werben.